

Schutz der landwirtschaftlichen Ertragsböden angekündigt. Inzwischen ist die Regierung in Form einer Landtagsmotion zur Ausarbeitung einer landesweiten Landwirtschaftszone aufgefordert worden. Das Ergebnis, noch für 1988 in Aussicht gestellt, bleibt vorerst abzuwarten.

Die Sicherung der landwirtschaftlichen Ertragsfläche ist die eine Seite. Die andere Seite ist die teilweise kritische Belastung des Bodens und der Natur durch die Landwirtschaft. Diesem äusserst komplexen Problemkreis wird sich die LGU in einer auf Herbst 1988 vorgesehenen grundsätzlichen, fachlich abgestützten und ausführlichen Stellungnahme, die als LGU-Schrift veröffentlicht werden wird, zuwenden.

Gastgewerbe

LGU verschickt Ratgeber an Gastronomiebetriebe

Unter Mithilfe von Jürgen Thöny aus Schaan hat die LGU einen zweiseitigen Umweltberater für das Gaststättengewerbe erstellt und an die Gastronomiebetriebe verschickt. Der Berater enthält Hinweise über die Eindämmung der Abfallflut, umweltverträgliche Produkte, Recyclingmöglichkeiten und anderes mehr.

Schutz der Gebirgsflora

Beweidungsvorschriften wichtig für Pflanzenschutz

1952 wurde das Einzugsgebiet des Malbunbaches zum Pflanzenschutzgebiet erklärt. 1960 wurde das Pflanzenschutzgebiet um die Alpe Sareis ergänzt, sodass das Gebiet Steg — Hahnenspiel — Nospitz — Augstenberg — Sareis — Gamsgrat — Sassfürkle — Stachlerkopf — Berge vor «Ausgraben, Ausreissen und Pflücken von Pflanzen und Blumen» verschont bleiben sollte. In den vergangenen Jahren mussten jedoch in den geschützten Lagen (insbesondere Berge und Sareis) unliebsame Erfahrungen mit der Schafalpfung gemacht werden. Was dem Menschen verboten, wurde den Schafen — auch «biologische Rasenmäher» genannt — erlaubt.

Die von der LGU angeregten Gespräche mit allen Beteiligten führten 1987 nicht zur gewünschten Lösung der Schafalpfung in einem abgegrenzten, geeigneten Gebiet. Die LGU und die BZG (Botanisch-Zoologische Gesellschaft) erachten es daher als zweckmässig, die Verordnung zum Pflanzenschutzgebiet um einen Passus zu erweitern, in dem botanisch wertvolle Lagen auch vor Beweidung geschützt werden. Diesbezügliche Abklärungen sind im Gange.

Magerwiesen, Streumahd, Rossheuwiese

Begriffsklauberei gefährdet Schutz der Magerwiesen

Nach den jahrelangen Bemühungen der LGU zur Ausrichtung von Flächenprämien für Magerwiesen wurde im Herbst 1987 endlich ein Gesetzesvorschlag in den Landtag eingebracht, der von der LGU vollumfänglich begrüsst werden kann. Der Landtag hat nun allerdings entschlossen, das Gesetz in einer Landtagskommission nochmals zu überarbeiten. Offenbar geht es dabei vor allem um einen Wortstreit (ist Magerwiese oder Streumahd oder Rossheuwiese das richtige Wort?). Die LGU hat die Landtagsabgeordneten angeschrieben und dem Missfallen Ausdruck gegeben, dass mit dieser Verschiebung möglicherweise ein weiteres Jahr verstreicht, in welchem die stark bedrohten Magerwiesen gedüngt und damit vernichtet werden. Auf eine zügige Kommissionsarbeit ist zu hoffen!

Pachtantrag Garselli

Angebot der LGU von Triesenberg ausgeschlagen

Die LGU hat im November des vergangenen Jahres bei der Gemeinde Triesenberg einen Pachtantrag für das Garselli eingereicht, nachdem diese Alpe zur Verpachtung ausgeschrieben worden war. Die LGU strebt bekanntlich die Unterstellung des Unteren Saminatales an, wie es in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Liecht.Alpenverein (LAV) vor rund einem Jahr kundgemacht worden ist. Die LGU wendet sich gegen jede Intensivierung der Nutzung der Weidefläche Garselli. Aus diesem Grund ist das Pachtangebot eingereicht worden.

Dieser Schritt der LGU ist von privaten Naturschützern äusserst positiv aufgenommen worden. Spontan sind bei der LGU finanzielle Angebote eingegangen, um den Pachtantrag der LGU zu

Wir konnten daher schliesslich einen jährlichen Pachtzins von 3 500.— Franken aus vereinsunabhängigen Mitteln anbieten. Die Vorstandsmitglieder der LGU haben sich bereiterklärt, 2 000.— Franken aus eigener Tasche dafür aufzubringen.

Inzwischen ist mit Schreiben vom 29. 12. 1987 ein abschlägiger Bescheid aus Triesenberg eingegangen. Das Garselli ist anderweitig gegen einen jährlichen Zins von 1300.— Franken verpachtet worden. Die LGU würde die Pachtbedingungen nicht einhalten, heisst es in dem Schreiben des Gemeindevorstehers von Triesenberg.

Umweltpreis am ATV

1. Preis für Gernot Keckeis

Die LGU vergibt anlässlich des Diplomabschlusses am ATV einen Preis in der Höhe von 1000.— Franken. Beim diesjährigen Abschluss in der Fachrichtung Maschinenbau überzeugte die Diplomarbeit von Gernot Keckeis bezüglich Umweltrelevanz, Innovation, Umsetzbarkeit und technischem Stand am meisten. Keckeis widmete sich der Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser einer Grossiedlung. Ihm hat die Jury den 1. Preis in der Höhe von 600.— Franken zuerkannt. Den 2. Preis in der Höhe von 400.— Franken hat Walter Schäpper mit seiner Arbeit über ein energieautonomes Ferienhaus («Nullenergiehaus») gewonnen. Herzlichen Glückwunsch an die Preisgewinner!

Altpapier in Verwaltungen

Positive Bilanz einer LGU-Aktion

Vor etwas mehr als einem Jahr hat die LGU detaillierte Informationen bezüglich der Verwendungsmöglichkeiten von Altpapier in Gemeinde- und Staatsverwaltungen an die betreffenden Stellen geschickt (das Amt für Gewässerschutz verfolgt die gleichen Ziele). Heute kann eine teilweise positive Bilanz gezogen werden: Das Umweltschutzpapier (USP) findet laut einer Umfrage in den Gemeinden Schaan, Triesen und Gamprin die breiteste Verwendung (Gemeindemitteilungen, Kopien, Couverts). In Mauren und Schellenberg werden neuerdings die Gemeinde-Mitteilungen auf USP gedruckt. In Vaduz, Eschen und Ruggell wird verwaltungsintern USP verwendet, während die Papierwahl für Aussendungen noch offen ist. Planken stellt zunehmend auf USP um. In Triesenberg liegt der Schwerpunkt noch immer auf dem Normalpapier, wobei einzelnen Aussendungen auf USP erfolgen. In Balzers gelangt nach wie vor überhaupt kein USP zum Einsatz (Stand Ende 1987).

In der Landesverwaltung ist ein einjähriger Versuch mit der Verwendung von USP im Landesforstamt und dem Amt für Gewässerschutz angelaufen. Leider kann nach Angaben des Amtes für Personal und Organisation in der Druckereizentrale der Landesverwaltung kein USP verwendet werden, da der Kopierautomat dafür nicht geeignet ist. Gerade dort würde sich eine Umstellung günstig auswirken, da die statistischen Informationen, Landtagsprotokolle, Rechenschaftsberichte, Berichte und Anträge der Regierung, die dort gedruckt werden, einige 100 000 Blatt im Jahr ausmachen.

Allen, die sich für die Umstellung auf Altpapier eingesetzt haben oder einsetzen, sei an dieser Stelle gedankt.